

# Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abo-Sonderpreis mit der tagl. Unterhaltungszeitung Leben, Willen, Rausch aus der Frauen- und Jugendzeitung einzeln Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Zeitungen vereinfacht 8-75. unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 8-5. Erhöht 10% mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nicht angehoben.

Redaktion: Dr. Zwingerstraße 14. II. Tel. 3465.  
Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr.  
Expeditio: Dr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769.  
Drucktagzeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Postzettel werden die eingesparten Postzettel um 25 Pf. berechnet, bei dreimaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Sonntagsangebot 20 Pf. Zulater müssen bis spätestens 10 Uhr früh - der Exemplar abgeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Nr. 238.

Dresden, Donnerstag den 13. Oktober 1910.

21. Jahrg.

## Klassenkampf im Zentrum.

Das ewige Mittel des Zentrums im Kampf wider den Gegner wird jetzt in den eigenen Reihen angewandt: Die Religion ist in Gefahr! So schreibt es aus dem Lager der Berliner Richtung nach dem verfeuchten Westen hinüber, und nach der Hauptstadt der Pest, dem heiligen Köln. Selbst der Erzbischof Kardinal Gräfin, einst der Liebling Wilhelms II., und der Weiser byzantinischer Anbetung der irischen Machthaber, ist seufzend, und muß, angeklagt, im Venusberg allzu willkürliche sozialen Unschuld gefront zu haben, ein neuer Lamhäuser modernistischer Verirrungen, zum Papst nach Rom weiszichten, den düren Steinen von München-Gladbach in der Hand, auf daß er unter dem päpstlichen Segen wieder grüne, grünere dürfe.

In diesem bis zur Anklage der Feindseligkeit gesteigerten Streit der Richtungen handelt es sich natürlich nicht um religiöse, konfessionell-kirchliche Gegenläufe. Die Brüder in Christo spielen die Religion eben auch nur einmal gegeneinander aus. Wenn der Breslauer Fürstbischof Kopp als Agent der Berliner Regierung sich gegen die Verschärfung des katholischen Empfindens in seinem nunmehr bekannt geordneten Sendenbrief wendet, wenn er von dem wahnsinnigen (teologischen) Fanatismus im Westen redet, so bezieht sich das nicht auf die mangelnde katholische Gewinnung von Unternehmern, sondern nur auf die katholischen Arbeiterorganisationen, auf die christlichen Gewerkschaften, auf die Auffassung der sozialen Frage überhaupt. Der Konflikt aber entscheidet nicht über den Geist der christlichen Arbeitervereine, über die München-Gladbachische Schule christlicher Sozialpolitiker, sondern weit darüber hinaus, über die Richtung der eigentlichen Wahlorganisation des Zentrums, des katholischen Volksvereins, der die ganze politische Massenarbeit der Klerikale leistet und leitet.

Schon auf dem Augsburger Katholikentag sprengte der Gegner die sonst so sorgfältige Regie unverfehlter Einheit. Bei der einzigen vollständlichen Veranstaltung, der Generalversammlung des Volksvereins, hatte man den wirksamsten Klassentreiber, den das Zentrum gegenwärtig zur Verfügung hat, den fanatischen Schwaben Gräber, zu Hilfe gerufen, um die Verdächtigung des Volksvereins zurückzuweisen. Und er vollbrachte das Meuherrste an widerbarer Empörung über die anonym schleichenden Verleumder im eigenen Lager, über diese "Grünschnäbel", die dem Volksverein vorwerfen, daß er nicht mehr unzweifelhaft katholisch und clerikal sei. Jetzt hat dieselben Vorwürfe der anonym schleichenden Verleumder und der Grünschnäbel das Haupt der katholischen Bevölkerung in Deutschland selbst erhoben, und einen Grünschnabel wenigstens kann selbst Herr Gräber den grauen Fuchs von Dresden nicht nennen.

Hinter der Berliner Richtung steht hauptsächlich das rheinische Magnatenamt und die preußische Regierung. Diese führen auf die sozialpolitische Betätigung ungefähr den gleichen Einfluß wie das rheinisch-westfälische Schöpfmachtum auf die Nationalliberalen. Man sieht, es ist nicht ein ge-

o- oder bittcher Unterschied. Gerade im Gegensatz zu den liberalen Unternehmern muß im Westen das Zentrum sich sozial gebärden. In Schlesien, im Osten überhaupt, braucht es dieser Stieglitz nicht, weil seine Herrschaft ohnehin bis jetzt gescheit ist. Und es beweist die Unabhängigkeit der Geistlichen von den Machthabern des weltlichen Kapitals, daß der rheinische Klerus durchweg die Kölner Richtung bekämpft.

Man muß durchaus zugestehen, daß die clerikale Dogma viel besser mit der Berliner, als der Kölner Richtung verträgt. Die Klopptruppe will die ganze Sozialpolitik der Kirche unterordnen. Mit dem Grundgesetz der demokratischen Unterwerfung unter die Obrigkeit aller Art und wäre es auch nur ein Mittergutsbesitzer oder ein Fabrikant, verträgt sich eine unabhängige selbstbewußte Arbeiterorganisation überhaupt nicht. Auf diesen Weg des Klassenkampfes muß aber jede Arbeiterorganisation gelangen, die nur in der bescheidenen Weise die Interessen der Arbeiter wahrzunehmen sucht.

Viele Selbstständigkeit aber verträgt sich nicht mit dem im Zentrum herrschenden Kapitalisteninteresse und auch nicht mit dem clerikalen Interesse, das heute jede geistige und materielle Unabhängigkeit der Massen niederbauen muß, weil sie selbst ihre staatliche Existenz von allen reaktionären Machthabern trifft, die zwar selbst unglaublich sind, aber die Religion und die Kirche als Bändigungsmittel des Volkes benutzen. Läßiges Gegenheitsgeleitsverhältnis zwischen der Kirche und den herrschenden Massen verbietet schlechterdings jede ernsthafte Arbeiterschwung. Deswegen schreibt Herr Kopp: "Wir wollen weder die Arbeiter noch die Arbeiterinnen mit Klassenkampf nötigen, zum Klassen- und Machtkampf erziehen und sie der Sozialdemokratie ausführen." In dem theoretischen Krieg um das Recht des Streiks, der seit langem zwischen den München-Gladbachern und den Berlin-Trier-Köppischen Frieden steht, ist der Gegensatz aktuell geworden. Das Rechtstreit wird von den Leuten der katholischen Rechtsgründlichkeit den Arbeitern überhaupt bestritten.

Aber sowohl das Zentrum wie die Kirche kann ohne Macht nicht leben. Wie wird man die scheinbar unlösbarer Schwierigkeit bewältigen, die Ansprüche der Kirche als der Klassenkämpfer für die Interessen des Besitzes und aller

reactionären Gewalt, vereinigen mit den Klassenforderungen der Arbeiter? Herr Kopp wird im Innern herrschen und Herr Fischer wird äußerlich siegen! Das heißt: Das Zentrum wird sich — gerade um den Eindruck des klerikalen Briefes zu verwischen — in der nächsten Zeit scheinbar politisch und sozial eher radikalisieren. Inzwischen wird man dafür sorgen, daß verdächtige Personen geräuschlos besiegt und durch zuverlässige ersetzt werden. Denn es spielen auch Personenfragen eine Rolle; einem Teil der Sozialpolitiker des Zentrums scheint es so gegangen zu sein wie dem Grafen Posadowsky: sie gewannen wirtschaftliches Interesse für die sozialen Probleme, die ihnen doch nur ein demagogischer Hofapostol sein wollten. Man wird nach der Kölner Methode die Berlin-Trierer Abgeordneten zu verwirklichen suchen, also die Reduktion des Volksbetrugs noch raffinierter entwideln. Der Klassenkampf innerhalb des Zentrums muß sachlich mit der völligen Unterwerfung der Masse endigen, wie immer man außerlich demokratische und soziale Opposition zur Schau trägt. Religiöse-kirchlich wird auch der verfeuchte Westen sich in Ergebenheit überfallen. Schön fordert der Kölner Erzbischof auf, dem Papste die Treue durch eine besonders reichliche Spende des Peters-

festes zu befehlen. Der Brief des Fürstbischofs Kopp hat den Wert, daß jetzt aus autoritativem Munde die Unvereinbarkeit des Kirchentums mit jeder Arbeiterbewegung erklärt worden ist. Er wird infolger der Sozialdemokratie gute Dienste leisten, und seine Wahrheit wird auch nicht verdunkelt werden durch den Widerspruch des verfeuchten Westens. Die sozialpolitischen Alliierten der München-Gladbachischen Volksvereiner werden nur noch für den Wahlgang beliebt werden. Das Zentrum selbst wird sich einigen auf die Kopp'sche Weisheit der frommen Unterwerfung der Massen unter die kirchliche, staatliche und kapitalistische Obrigkeit.

In Deutschland liegen die Dinge so, daß der Klerikalismus, wenn er sich durch den Abfall der Massen ernstlich bedroht sieht, mit den Junkern und der Regierung gemeinsam zu brutalen Gewalt greifen wird. Schon stimmen gerade die Zentrumsländer, die sich zur Richtung des verfeuchten Westens zählen, die Instrumente der Reaktion. In edlem Wetteifer mit der liberalen Unternehmerpresse haben die Zentrumsländer eben erst den Moabiter Polizeiaufstand zu wildesten Aufhebungen gegen die Arbeiterbewegung benutzt. Der Sturm der Sozialdemokratie auf die Moabiter Kirche ist bereits in die Agitationshefte als unumstößliche Wahrheit aufgenommen worden. Die Augsburger Volkszeitung forderte Ausnahmegesetze gegen die sozialdemokratische Presse:

"Die sozialdemokratische Presse geht Zielbewußt darauf aus, den Hass gegen die gesetzliche Ordnung und die Autorität des Staates in die Herzen ihrer Leute zu säen. Die Früchte dieses unverantwortlichen Treibens äußern sich in den Straßenkrawallen . . . Mann und darf der Staat ruhig aussieben, wie das Volk durch die Gewissenlosigkeit der roten Presse immer mehr und mehr verhetzt und der Revolution in die Arme getrieben wird!"

Die Revolution in Portugal hat die Solidarität aller clerikalischen Reaktion vollends klar hervortreten lassen. Da berichten diese sauberer Blätter, daß das Hinschlachten von Priestern und Klosterfrauen die hervorragendste Heldentat der sonst hundert feigen Revolutionäre gewesen ist". Die Republikaner werden in dieser Presse als Bestien beschimpft, und die pfälzische Phantasie wird es an blutig lüsternen Vorstellungen von wüsten Greuelzonen in Ronnenköstern.

Der Klassenkampf innerhalb des Zentrums ist durch das Gefolge von Arbeitern, durch das allgemeine Wahlrecht bestimmt. Bei den ungeheuren Entscheidungskämpfen, denen wir nun auch in Deutschland entgegengehen, wird aber das Zentrum einig und geschlossen Herrn Kopp, dem Reichstagsabgeordneten Königs und Kanzlers, folgen, und es wird vor keiner reactionären Schondtat zurückstehen, wenn anders die Massen selbst nicht die schwere Gefahr vernichten.

## Alle Räder stehen still . . .

Der Kampf der Eisenbahner in Frankreich hat eine Ausdehnung angenommen, von der sich die Machthaber nicht träumen ließen. Soweit sich bisher übersehen läßt, werden von dem Streik die wichtigsten Eisenbahnländer Frankreichs, nämlich außer der Nordbahn noch die Ostbahn, die Paris-Mittelmeer-Linie und die staatliche Westbahn betroffen. Der Pariser Nordbahnhof steht still. Die französischen Eisenbahner haben dem Reichstag des Nationalverbands einstimmig folge geleistet. Die von der bestehenden Versammlung angenommene Tagesordnung lautet:

"Das Nationalverbund bringt zur Kenntnis aller Eisenbahner, daß der Streik auf dem Nordbahnhof vollständig ist. Es teilt ihnen ferner mit, daß der Kommandant Lefèvre, der Präsident des Bundes der Automobilfahrer und Heizer, entlassen worden ist, und daß die Regierung in der Presse Notizen erscheinen läßt, in denen die ihr Recht fordern Eisenbahner mit ungerechten und willkürlichen Maßregeln bedroht werden. Angesichts dieser Lage hat das Nationalverbund beschlossen, an alle Rege zu appellieren um unverzüglich den Generalstreik ins Leben zu rufen. Daraufhin werden alle Rege aufgefordert, binnen

kurzester Frist und sofort nach Empfang dieser Aufforderung die unerlässlichen Maßregeln zum Gelingen der Bewegung zur Ausführung zu bringen."

Die kugelstiftige Regierung scheint die Drohungen, mit denen sie den Generalstreik provozierte, wahr machen zu wollen: Die Pariser Staatsanwaltschaft hat ein Verfahren gegen die Führer der ausständigen Bahnamtstellen eingeleitet; 22 Haftbefehle wurden erlassen. Ein Erlass wurde angekündigt, der die wehrpflichtigen Beamten der ausständigen Bahnen auf 21 Tage zu den Bahnen einberuft, um sie dann zum Streikbruch kommandieren zu können. Mit dem Generalstreik wird ein Strich durch diese jamose Rechnung gemacht, denn die Humanität macht darauf aufmerksam, daß die Einberufenen sich erst nach einer Frist von 14 Tagen zu stellen haben. In Ville gar verschlossen 4000 Eisenbahner, der Einberufung überhaupt nicht Folge zu leisten. Ebenso beschlossen die Pariser Elektrizitätsarbeiter, ihren Arbeitskollegen zu Hilfe zu kommen; sie unterbrechen dem Seinepräfektur ihre Verhandlungen und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Streik weitere Arbeiterschichten in den Kampf reicht und ihn zu einer gewaltigen Machtsprobe zwischen Proletariat und Bourgeoisie werden läßt. Denn Briands Regierung hat sich wieder mal trockner Verpflanzungen eindeutig hinter die Eisenbahnmagistrate postiert, trotz schöner Wahlversprechen der nationalen Kandidaten, trotz Neuerung und trotz der probatorischen Willkür der privatkapitalistischen Eisenbahnbürokratie, der Rotfahld, Lassalle u. Co. Dies ist um so schauderlicher, als diese Gesellschaften die bestrentierenden französischen Eisenbahnen mit dem intensivsten, aber auch verantwortungsvollsten Zugverkehr besitzen. Nur ein Teil des französischen Eisenbahnnetzes, etwa ein Viertel der gesamten Linien, deren Länge rund 40 000 Kilometer beträgt, befindet sich im Besitz des Staates, nämlich das ziemlich kleine alte Staatsbahnen, zu dem die Linien zwischen Nantes und Rochefort und vor allem die wichtige Strecke Paris-Bordeaux gehören, sowie das Netz der französischen Westbahn, das dem Verkehr zwischen Paris und Dieppe, Le Havre, Cherbourg und Brest dient.

Die Eisenbahner werden den Kampf um bessere Entlohnung und längere Arbeitszeit führen müssen mit dem Bewußtsein, daß sie lange genug geführt werden müssen. Und wenn die kämpfenden die Mobilisierung des Militärs zu Gunsten des kapitalistischen Profits mit Sabotageakten beantworten, wird sich die Regierung auch diese Verhärtingen aufs eigene Konto zu schreiben haben.

Die provvisorische Haltung der französischen Regierung muß sogar ein so regierungskontraries Blatt wie die Vossische Zeitung zugeben. Tante Voß schreibt:

"In Frankreich bahnt sich allem Anschein nach eine der gewaltigsten Kraftproben zwischen Kapital und Arbeit an, die Europa je gesehen. Nicht ohne Schuld der Bourgeoisie und der Republik, wie gesagt werden muß. Die Regierungen Frankreichs haben sich gut so lange selbst um die beschledigten sozialen Reformen bemüht.

Allerdings scheint es der freimüigen Redaktion einige Minuten später vor solch freiem Text lange geworden zu sein, denn das Blatt lenkt zum Schluss seiner Streitbeobachtung ein: „Zweitens aber werden Eisenbahndirektionen und Regierung unlegbare jahrelange Versäumnisse nicht dadurch gut machen wollen, daß sie vor dem brutal durch völlige Unterbrechung eines öffentlichen Dienstes und durch tiefe Schädigung des allgemeinen Wohles markierten Forderungen der Eisenbahner die Segel streichen. Sie würden in diesem Augenblick dadurch den Appetit ihrer Angestellten nur bis ins Unendliche steigern und das Fest völlig aus der Hand geben."

Die Vossische muss es als gutes Unternehmerblatt für selbstverständliche halten, daß die französische Regierung das Fest den Eisenbahnmagistraten in die Hand gibt!

## Vom Kriegsschauplatz.

Paris, 12. Oktober. In den Straßen von Paris herrscht lebhafte Erregung. Heute morgen waren die großen Kaufhäuser fast leer, da sich weder Kunden noch Angestellte aus der Sammelte von Paris wegen Mangels an Brot einfinden konnten. Ein großer Automobilbogen ist mit allen größeren Städten organisiert worden, so mit Rouen und Havre. Wegen des Streiks hat die Regierung eine große Anzahl Truppentreinings aus der Provinz nach Paris berufen. Die Direktoren der verschiedenen Eisenbahngesellschaften hatten eine längere Konferenz mit dem Minister der öffentlichen Arbeiten. Sie suchten Maßnahmen zu treffen, um den Verkehr internationalen Zügen aufrecht zu erhalten. Die Direktoren werden sich während der Dauer des Streiks jeden Vormittag im Ministerium der öffentlichen Arbeiten einfinden, um über die Züge zu beraten. Heute morgen sind in der Centralbahnhalle nur 91 000 Kilogramm eingeliefert worden statt 500 000 Kilogramm wie gewöhnlich. Durch die Metzg wurden nur 67 000 statt 230 000 Kilogramm eingesetzt. Ganz besonders steht es an Früchten und Gemüsen. Insgegessen sind die Preise auch heute wieder beträchtlich gestiegen, vorüber in der Pariser Bevölkerung große Erregung herrscht.

Der Bahnhof Saint-Lazare ist vollständig geschlossen; infolgedessen können keine Züge mehr auf der Westbahn verkehren. Im Bahnhof von Auteuil sind fünf Züge angehalten worden, so daß kein weiterer Zug mehr die Strecke passieren kann. Im Bahnhof von Vincennes sind fünf Züge angehalten worden, so daß die Regierung in der Presse Notizen erscheinen läßt, in denen die ihr Recht fordern Eisenbahner mit ungerechten und willkürlichen Maßregeln bedroht werden. Angesichts dieser Lage hat das Nationalverbund beschlossen, an alle Rege zu appellieren um unverzüglich den Generalstreik ins Leben zu rufen. Daraufhin werden alle Rege aufgefordert, binnen